

Demokratie und Gerechtigkeit in Sri Lanka



Foto: Walter Keller

Angesichts der sich verschärfenden Menschenrechtssituation und vor dem Hintergrund der nunmehr seit einem Jahrzehnt anhaltenden Gewalttätigkeit in Sri Lanka kam es seit Anfang dieses Jahres bereits mehrfach zu Zusammenkünften verschiedener mit der Problematik befaßter Nichtregierungsorganisationen Sri Lankas. Fortschritte gab es dabei im Hinblick auf eine gemeinsame Analyse der Krise im Land und im Bemühen um eine intensivere Zusammenarbeit untereinander. Folgende Ziele stehen dabei im Vordergrund:

- Einhaltung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien,
- eine effektive und gerechte Lösung des ethnischen Konfliktes auf der Grundlage einer pluralistischen Gesellschaft, in der jeder Volksgruppe das Recht auf Gleichheit und Selbstbestimmung garantiert ist,
- eine Neuordnung wirtschafts- und sozialpolitischer Grundsätze und Strategien, die bisher ihren Teil zur Krise der Gesellschaft beigetragen haben.

Der von diesen Zusammenkünften getragene Prozeß dient sowohl dem Aufbau dauerhafter Bindungen zwischen den verschiedenen Demokratie- und Menschenrechtsinitiativen in Sri Lanka als auch der Stärkung solidarischer Zusammenarbeit im In- und Ausland. Das folgende Diskussionspapier gibt den Grad der Verständigung innerhalb dieser Diskussion wieder. Es wurde anlässlich des 'Weltsolidaritätsforums für Sri Lanka', das vom 8. bis 10. Mai dieses Jahres in Thailand stattfand, vom 'Sri Lankan Coordinating Committee' vorgelegt.

Hinter uns liegt ein Jahrzehnt des Traumas, sieben Jahre lang beherrscht durch den Kampf militanter tamilischer Gruppierungen für einen separaten Staat und dem Versuch der Regierung, mit militärischen Mitteln auf diesen Kampf zu antworten. Auch gewalttätige anti-tamilische Ausschreitungen gehören, wenn gleich eher sporadisch auftretend, in diese Zeit. Die zunächst verdeckt und später auch offen vollzogene Einmischung Indiens schließlich ließ die Schlagkraft der militanten Tamilen-Organisationen rapide anwachsen. Die im Juli 1987 unterzeichnete Friedensvereinbarung zwischen Indien und Sri Lanka garantierte den Tamilen zwar ein gewisses Maß an Eigenständigkeit, entsprang jedoch im Wesentlichen den Sicherheitserwägungen Indiens und führte letztendlich zu anhaltenden Kriegshandlungen zwischen den indischen Truppen (IPKF) und den 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE), die die Übereinkunft ablehnten.

Der rasche Ausbau militärischer Schlagkraft auf seiten der bewaffneten Tamilengruppen tat ein Übriges zur weiteren Verschärfung der wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Indern und Tamilen. Indiens Strategie der Verwicklung in die Aktivitäten der tamilischen Separatisten vor dem Abkommen von 1987 und der danach einsetzenden Unterstützung für jene Gruppierungen, die sich in Übereinstimmung mit dem Abkommen an den Nord-Ost-Provinzratswahlen beteiligten, zeugt von der Absicht, die Wünsche und Forderungen des tamilischen Volkes endgültig an den Rand zu drängen, wobei die Meinung der tamilischen Öffentlichkeit zu keinem Zeitpunkt berücksichtigt wurde.

Wachsende Militanz im Süden

Widerstand regte sich in den letzten drei Jahren dann auch im Süden des Landes auf sinhalesischer Seite mit der von patriotischen Gefühlen beeinflussten Mobilisierung gegen eine Regierung, die die Anwesenheit indischer Truppen auf dem Territorium Sri Lankas duldete - Indien sogar einlud. Die Regierung reagierte mit Notstandsverordnungen und Sondergesetzgebung und ebnete so den Weg für willkürliche Verhaftungen, Übergriffe, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen. Ähnlich grausam gingen auch die Militanten im Süden vor. Deren Hauptvertreter, die 'Deshapremi Janatha Vyaapaaraya' (DJV, Patriotische Volksbewegung) und die 'Janatha Vimukthi Peramuna' (JVP, Volksbefreiungsfront) scheuten in ihrem Kampf gegen die Regierung weder vor Einschüchterung der Bevölkerung noch vor Mord an Andersdenkenden zurück.

Mit ähnlicher Brutalität versuchte auch die LTTE, ihrem Alleinvertretungsanspruch für alle Tamilen gegenüber den anderen Tamilengruppen Nachdruck zu verleihen. Entsprechende Antworten dieser Gruppierungen wie auch das Vorgehen der IPKF vervollständigen das Bild der umfassenden Menschenrechtsverletzungen. Waffengewalt tritt vielfach an die Stelle politischer Konfliktlösung, der gesamte Bereich der Politik erlebt eine Militarisierung in ungeahntem Ausmaß. Ungestraft werden die demokratischen Grundrechte mit Füßen getre-

ten, Abweichler zum Schweigen gebracht. Zwar ist die DJV/JVP zumindest für den Augenblick militärisch kaltgestellt, die Hintergründe des Aufstands haben sich jedoch eher noch verschärft - die chauvinistische, anti-indische, 'patriotische' Ideologie, die von den 'patriotischen Kräften' getragen wird, muß sich um die Zahl ihrer Anhänger nicht sorgen.

Im Norden und Osten gelang es den verschiedenen anderen tamilischen Gruppierungen nicht, als dauerhafte Alternative zur LTTE Fuß zu fassen, wodurch der Einfluß der 'Tigers' nach Abzug der Inder Ende März 1990 mit stiller Duldung der Regierung in Colombo deutlich anwachsen konnte. Unabhängig davon kann die oberflächliche Normalität längst nicht mehr über das Klima latenter Einschüchterung und andauernder Terroraktivitäten im Land hinwegtäuschen.

Wirtschaftliche Not

Die Stimmen der Unzufriedenheit angesichts der wirtschaftlichen Misere des Landes mehren sich. Die positive Entwicklung des Bruttosozialprodukts beschränkt sich im Wesentlichen auf den Dienstleistungssektor. Zu den Schattenseiten gehören der Abbau der Sozialausgaben, sich verschlechternde Strukturen in der Einkommensverteilung, eine rapide fortschreitende Inflation und, für das Gros der Bevölkerung, ein rückläufiger Lebensstandard. Vor dem beschriebenen Hintergrund lassen sich folgende sechs Hauptziele im Bemühen um ein demokratisches Nebeneinander aller Volksgruppen in Sri Lanka formulieren:

- der Friede muß umgehend wiederhergestellt werden,
- Stärkung des politischen Rahmens für regionale Autonomie,
- allgemeine Anerkennung einer multikulturellen Gesellschaft unter Bereitstellung entsprechender politischer, sozialer und ideologischer Strukturen,
- Wiederbelebung von demokratischen Institutionen und Zivilverwaltung,
- Entwicklung einer den demokratischen Werten zuträglichen Wirtschaftsstrategie,
- neue Perspektiven in den grundlegenden Entwicklungsstrategien und im Verhalten gegenüber den Minderheiten.

Sinhalesisch-buddhistische Ideologie

Diese Ziele sind dem Wesen nach miteinander verflochten. Der Aufruf zum Frieden entspringt dem Wissen um die ethnischen Ursachen der Gewalttätigkeit. Hier knüpft die zweite Zielvorstellung mit ihrer Forderung nach einer Politik abseits der gegenwärtigen Machtzentralisierung hin zu einem System regionaler Selbständigkeit im Interesse der ethnischen Minderheiten an. In Frage gestellt werden muß darüberhinaus der Absolutheitsanspruch der buddhistischen Lehre der Sinhalesen einschließlich der Staatsebene. Ideologisch betrachtet dient der srilankische Staat vorrangig Förderung und Erhalt der Identität der sinhalesisch-buddhistischen Mehrheit. Die oben genannte Forderung zielt demnach auf einen Abbau der ideologischen Be-

grenzung des Staates zugunsten von Gleichbehandlung und Achtung der Minderheiten. Ein anderer Punkt im Forderungskatalog dient in seiner Ablehnung zentralistischer Machtstrukturen der Sicherung demokratischer Grundrechte für alle Bürger des Landes. Dies wiederum erfordert eine Wirtschaftspolitik, die in ihrem Bemühen um das Wohlergehen aller keine Unterschiede zwischen den einzelnen Volksgruppen macht.

Regionale Autonomie

Demokratische Wahlsysteme auf der Grundlage von Mehrheitsentscheidungen sind auf Dauer nicht geeignet, den Minderheiten in einem multi-ethnischen Staat ausreichende Mitsprache zu gewähren. Abhilfe schaffen können, nach internationaler Erfahrung, folgende zwei Strategien:

1. Beschränkung der Macht der mehrheitsgesteuerten Zentralregierung durch den Transfer von Kompetenzen auf Provinzvertretungen im Sinne stärkerer regionaler Autonomie und
2. effektive Kontroll- und Ausgleichsmöglichkeiten für die Minderheiten auf zentraler Ebene.

Das Verhältnis der Volksgruppen in Sri Lanka war der entscheidende Bestandteil der Diskussion um die zukünftige Verfassung und das politische System im Vorfeld der Unabhängigkeit. Letztendlich setzte sich

das Konzept regionaler Unabhängigkeit in der neuen Staatsordnung nicht durch - Vertreter der unterschiedlichen Volksgruppen scheiterten mit ihrem Bemühen um eine föderalistische Verfassung. Stattdessen präsentierte sich das unabhängige Sri Lanka mit einer zentralen Regierungsgewalt, die den Schutz der Minderheiten durch verschiedene Ausgleichs- und Kontrollmechanismen innerhalb der Zentralregierung sicherzustellen suchte. Dazu gehörte zum einen die auf ein gewisses Gleichgewicht gerichtete Sitzverteilung im Parlament, anfangs in Form einer Quote von 60:40 zwischen Singhalesen und den anderen Volksgruppen. Hierzu wurde den Wahlkreisen mit besonders hohen Anteilen einer als Minderheit eingestuften Gemeinschaft entsprechende Sitze zugeteilt. Ferner wurde mit dem (inzwischen aufgelösten) Senat eine zweite Kammer ins Leben gerufen, in die Minderheitenvertreter entsandt werden konnten, und darüberhinaus der Minderheitenschutz in § 29 der Verfassung explizit festgeschrieben. Ein Blick auf die Entwicklung seit der Unabhängigkeit macht deutlich, daß diese Schutzbestimmungen kaum das Papier lohnen, auf dem sie gedruckt sind. So ist die jüngste Geschichte Sri Lankas nicht etwa vom gleichberechtigten Nebeneinander der verschiedenen Völker, sondern im Gegenteil von der Entwicklung des sinhalesisch-buddhistischen Nationalismus als den Staat dominierende politische Kraft gekennzeichnet. Den Auftakt dieses Prozesses bildete der



Die Zeit für Varadarajah Perumal als Ministerpräsident der Nord-Ost-Provinzregierung war kurz. Hier nimmt er 1988 seine Ernennungsurkunde durch Gouverneur Nalin Senaviratne entgegen (Foto: Walter Keller)

Entzug des Wahlrechts für die tamilischen Plantagenarbeiter unmittelbar nach der Unabhängigkeit. So erhält auch das Wahlergebnis von 1956, wodurch der sinhalesische Buddhismus als vorherrschende Ideologie der dominanten Volksgruppe in Sri Lanka zementiert wurde, seinen Kontext. Fortan lagen die Fäden der Macht in den Händen von sinhalesischer Bourgeoisie und Kleinbürgertum.

Wahlrecht

Die Schwachpunkte des Mehrheitswahlrechts im Vielvölkerstaat Sri Lanka sind unverkennbar. Gerade der Wahlprozeß manifestierte die Vorherrschaft der sinhalesischen Buddhisten und sorgte gleichzeitig für die Unterschlagung der elementaren Minderheitenrechte. Die populistische Definition der Demokratie als Herrschaft des Mehrheitswillens erklärt diese Widersprüche. Die Verfassung von 1972 legte mit der Oberhoheit der gesetzgebenden Versammlung die Macht in die Hände einer Institution, die, von der Mehrheit gewählt, Wünsche und Ziele der größten Volksgruppe repräsentiert. Das zeugt von einer deutlichen Unterschätzung der negativen Auswirkungen solcher Verfassungsänderungen auf die Rechte von Individuen und Minderheiten. Bisher scheiterten die Autonomiebestrebungen der verschiedenen Volksgruppen am Widerstand der Sinhalesen, die angesichts der notwendigen Machtverteilung bei einer solchen Reform um ihre eigenen Pfründe in der gesetzgebenden Versammlung bangen.

Provinzautonomie

Nicht innere Veränderungen, sondern Druck aus New Delhi vor dem Hintergrund des bewaffneten Kampfes der Tamilen gab schließlich den Ausschlag für das gegenwärtige Autonomiesystem. Genauer: Indiens Entscheidung, in den ethnischen Konflikt in Sri Lanka direkt einzugreifen – getroffen vor allem aufgrund eigener Sicherheitsinteressen –, war der eigentliche Anstoß für die Einrichtung der Provinzparlamente. Bereits unmittelbar nach Inkrafttreten dieser Maßnahme regte sich heftiger Widerstand allerorten, sowohl im Süden seitens der demokratischen Opposition ('Sri Lanka Freedom Party', 'Mahajana Eksath Peramuna') und der militanten sinhalesischen Organisationen DJV/JVP als auch im Norden von seiten der stärksten tamilischen Rebellengruppe, der LTTE. Sogar innerhalb der UNP war das Gesetz nicht unumstritten. Dennoch, eine brauchbare Alternative ist nicht in Sicht, und so wird die gegenwärtige Regelung ungeachtet der andauernden Kritik von verschiedener Seite in naher Zukunft wohl kaum ersetzt werden. Seitens der maßgeblichen Gruppierungen des Südens fehlt jedwede Unterstützung für dieses System, ein Ende der gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen im Lande ist also nicht in Sicht. Dessen ungeachtet besteht ein gesetzlicher Rahmen für die Autonomie, und es bleibt zu hoffen, daß eine tatsächliche Dezentralisierung der Staatsmacht für das Volk spürbar wird und somit die allgemeine Zustimmung für den Prozeß ansteigt; zumal dies von vielen als letztes Mittel angesehen wird, ein drohendes Auseinanderfallen des Staatsgebildes zu verhindern. Wenn einer Dezentra-

lisierung der Macht durch die Etablierung von Provinzräten das gleiche Schicksal beschieden sein wird wie seinerzeit den sogenannten District Development Councils, könnte damit die Teilung des Landes besiegelt werden.

Einer effektiven Machtübertragung an die Provinzräte – auch soweit es ihre Befugnisse im Sinne des 13. Zusatzartikels der Verfassung angeht, der die gesetzliche Grundlage der Provinzräte bildet, standen bis heute folgende Hürden entgegen:

- Auf Druck der indischen Seite und angesichts der instabilen politischen Lage wurde im gesamten Prozeß bisher dem Tempo Vorrang vor der Sorgfalt gegeben. Auf der Strecke blieben dabei adäquate Planung und Vorbereitung.
- Gegensätzliche Interpretationen zwischen dem Zentrum und den Provinzen insbesondere in Fragen der Kompetenzüberschneidung konnten bisher nicht ausgeräumt werden.
- Weder seitens der Zentralregierung noch innerhalb der Verwaltung war bisher die ernsthafte Bereitschaft zur personellen und ideellen Abgabe von Macht erkennbar. So brauchte es beträchtliche Anstrengungen, ehe im Oktober 1989 die regionalen Regierungsbehörden der Kompetenz der Provinzräte unterstellt wurden.
- Hinzu kommt vielerorts eine grundsätzliche Ablehnung des Systems der Machtübertragung.

Nach wie vor liegen verschiedene Aktivitäten des Zentrums, gemeint sind hier beispielsweise das sogenannte Janasaviya-Projekt zur Armutsbekämpfung, das Programm zur Landverteilung im Plantagenssektor oder die Grundstücksbeschaffung für Landlose, in der Regie der Zentralregierung und nicht, wie es sein sollte, in maßgeblicher Verantwortung der Provinzräte. Zurückgeführt werden kann dieser Umstand sowohl auf mangelnde Erfahrung im Umgang mit den grundlegenden Bestandteilen eines allzu unbekanntem Systems als auch auf einen vorsätzlichen Versuch, die Kompetenzen der Provinzräte zu unterlaufen oder zu beschneiden.

Norden und Osten

Eine besondere Situation herrscht in der Nord-Ost-Provinz, wo Notwendigkeit und Wille zur Machtübertragung vergleichsweise groß waren. Hier gelang, ungeachtet schwierigster Ausgangsbedingungen, der Aufbau effektiver Verwaltungsstrukturen. Einige Monate nach der Amtsübernahme veröffentlichte der Nord-Ost-Provinzrat eine Auflistung der Felder, auf denen eine Kompetenzübertragung nach wie vor nicht stattgefunden hatte. Gesetz- und Ordnungskompetenzen lagen demnach weiterhin bei der Zentralregierung. Die Einsetzung einer regionalen Polizeitruppe, vom Zentrum als ausführendes Organ des Prozesses geplant, war nicht erfolgt. Auch auf dem Sektor der Landbesiedlung hatte

keine Kompetenzübertragung stattgefunden. Die öffentliche Verwaltung stand nach wie vor unter zentraler Staatskontrolle. Wo Kompetenzen sich zu überschneiden drohten - so zeigt sich hier - fand erst gar kein Transfer von Befugnissen statt. Auch wenn zwischenzeitlich kleine Schritte zur Behebung dieser Mißstände unternommen wurden, bleibt die Regierung in punkto Machtübertragung an die Provinzen bezüglich zahlreicher Einzelheiten in Verzug (aufgrund jüngster Entwicklungen hat Präsident Premadasa das Nord-Ost-Provinzparlament aufgelöst und alle Befugnisse dem Gouverneur übertragen, der direkt dem Präsidenten untersteht, d.Red.).

Interessensausgleich

Zu Bedenken ist auch, daß die ursprüngliche Forderung nach größerer Eigenständigkeit der Provinzen von tamilischer Seite ausging. Gerade bei der sinhalesischen Mehrheit weckt jede Beschneidung der Kompetenzen der Zentralregierung vor diesem Hintergrund sehr leicht die Angst vor einem Ausverkauf des Staates an die Tamilen. Doch die Frage, um die es heute geht, ist viel umfassender: Es geht um die Sicherung der demokratischen Rechte aller Bevölkerungsgruppen auf dieser Insel. Auch wenn das regionale Autonomiesystem erfolgreich eingerichtet werden kann, bleibt die Frage nach dem Schutz von Minderheiten innerhalb der Regionen oder Provinzen ja noch aktuell. Dies betrifft zum Beispiel den Osten, wo aufgrund der Bevölkerungszusammensetzung ein Interessensausgleich zwischen Moslems und Singhalesen erforderlich sein wird, des weiteren die Zentralprovinz mit ihren tamilischen Plantagenarbeitern oder die multi-ethnische Bevölkerung im Westen des Landes.

Wirkliche Dezentralisierung beinhaltet demnach notwendigerweise die Schaffung von Freiräumen zur Verwirklichung demokratischer Gleichberechtigung für alle Volksgruppen innerhalb des Systems regionaler Autonomie. Aufgabe derjenigen, die sich der Verwirklichung von Demokratie und Gerechtigkeit in Sri Lanka verpflichtet fühlen, wird es daher sein, verstärkt auf eine schnelle und angemessene Realisierung und Ausweitung des Systems zu drängen, um individuelle und kollektive Rechte für alle Volksgruppen durchzusetzen. Wirkliche Machtverteilung ist erst dann erreicht, wenn alle Bürger in vollem Umfang von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen können, ohne sich dadurch irgendeiner Form von Einschüchterung oder Zwang aussetzen. Dies muß das Ziel unserer Arbeit sein.

Ideologische Voraussetzungen

Zu den schwierigsten Schritten im obengenannten Prozeß gehört es sicherlich, die notwendigen ideologischen Grundlagen für neue politische Strukturen zu finden. Der sinhalesische Nationalismus, der während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts wiederbelebt wurde, um sich der eigenen Identität gegenüber der Kolonialmacht zu versichern, hat in jüngerer Vergangenheit wieder zugenommen. Hier sind die Kampagne zur Wiederbelebung

des Buddhismus in den 50-er Jahren und die 'Sinhala Only'-Bewegung zu nennen, der es ursprünglich um die Ersetzung des Englischen durch das Sinhalesische als Verwaltungssprache ging, die später aber ihre anticoloniale Spitze verlor und zu einem bloßen Sammelbecken für sinhalesische Nationalisten verkam. Heute stellt der sinhalesische Nationalismus eine voll ausgebaute Ideologie dar, ausgerüstet mit einem politischen und sozialen Forderungskatalog, bezeichnet als 'Jaathika Chinthanaya' - 'nationale Ideologie' bzw. 'Ethos'.

Nach dieser Ideologie ist Sri Lanka ein sinhalesisch-buddhistisches Land, dessen Kultur von der dominanten sinhalesisch-buddhistischen Bevölkerungsgruppe repräsentiert wird. Auf der Basis einer gefärbten Geschichtsdarstellung wird behauptet, daß diese Kultur, aufbauend auf buddhistischen Prinzipien und Regeln, egalitär, humanistisch und tolerant sei gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden und die Tugenden der Bescheidenheit besitze. Nachteile wären somit für den, der sich diesem vorgegebenen kulturellen Rahmen unterordnet, nicht zu befürchten. Jeder Bürger gelangt durch Anerkennung dieses Grundsatzes in den Vollbesitz seiner demokratischen Rechte ohne jegliche Abstriche und Unterschiede.

Was hier auf den ersten Blick recht anziehend wirkt, erweist sich bei näherem Hinsehen als zumindest im gegenwärtigen Kontext eher hinderlich. Alle Vorstellungen einer pluralistischen Gesellschaft und auch der Anspruch einer anderen Volksgruppe auf kollektive Identität wird von vorneherein als Gefährdung der sinhalesisch-buddhistischen Gesellschaft verworfen. Äußeren Einflüssen, insbesondere aus dem Westen und der ehemaligen Kolonialmacht, wird eine grundsätzlich schädliche Wirkung in Vergangenheit wie Gegenwart attestiert. Unverkennbar ist dabei eine einseitig nach innen gerichtete Form der Selbstbetrachtung, die die Suche nach einem Entwicklungspotential auf den Blick in die eigene Vergangenheit beschränkt. Dieser Ideologie zufolge entspricht die Staatsform Sri Lankas der sinhalesisch-buddhistischen Gesellschaftsstruktur. Wirtschafts- und sozialpolitische Strategien orientieren sich gleichfalls an buddhistischen Werten. Das Erstarken dieser Ideologie in einer Zeit schwerster ethnischer Konflikte mag als Zeichen ihres ausgrenzenden Charakters gewertet werden.

Tamilischer Nationalismus

Über all dem darf jedoch nicht vergessen werden, daß auch der tamilische Nationalismus im Anwachsen begriffen ist. Wie im Falle der sinhalesischen Ideologie ist auch hier ein Aufarbeiten der Vergangenheit zu verzeichnen, verbunden mit der Rückbesinnung auf die Blütezeit tamilischer Vorherrschaft in Südindien und im Norden Sri Lankas. Die Betonung liegt auf der besonderen tamilischen Kultur, deren Traditionen gewahrt werden müssen. Auch innerhalb der tamilisch-sprechenden Bevölkerungsgruppe der Moslems haben wir es mit einem solchen Prozeß der Identitätsbildung zu tun. So sind denn die gegenwärtigen politischen Kon-



Die Hauptprotagonisten im tamilischen Kampf: Mahattiya (links) und Prabakaran (Foto: Martin Stürzinger)

flikte wesentlich auch auf das Erstarren dieser einander ausgrenzenden Identitäten zurückzuführen, zumal hierbei leichtfertig kulturelle und andere Gemeinsamkeiten der verschiedenen Völker Sri Lankas übersehen werden. Richteten sich noch vor einiger Zeit die Hoffnungen auf eine gemeinsame srilankische Identität und einen nationalen Konsens im Prozeß der Modernisierung und des wirtschaftlichen und sozialen Neubeginns, so geht der Blick heute in eine andere Richtung: Ziel muß es sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die ethnische, religiöse und sprachliche Vielfalt der Gesellschaft akzeptiert wird und die so allen vertretenen Gruppen die freie Entfaltung eigener Identität und Kultur auf der Grundlage von Gleichheit und gegenseitiger Achtung ermöglicht.

Veränderungen im Staatswesen

Ein solches Szenario impliziert grundlegende Veränderungen im Staatswesen, genauer: in den Strukturen sinhalaisch-buddhistischer Herrschaft, die bis ins kleinste mit buddhistischer Symbolik und Ritualen durchsetzt sind. Der gesamte Bereich der Meinungsbildung mit dem Erziehungswesen, der Presse und den elektronischen Medien dient vorrangig der Verkündung der eigenen Sichtweise von Kultur und Gesellschaft. Die Forderung nach einer pluralistischen Gesell-

schaftskonzeption geht einher mit der unabdingbaren Trennung von Staat auf der einen und ethnisch-religiösen Interessen auf der anderen Seite. Nur so kann der Staat Bedingungen schaffen, die allen Volksgruppen und Religionsgemeinschaften gerecht werden.

Um den Kreislauf von unterschiedlichen Identitäten und feindseliger Gegnerschaft zu durchbrechen sind alle Parteien, Organisationen und Verbände aufgerufen, die Konzeption einer pluralistischen Gesellschaft mitzutragen.

Wiederbelebung staatlicher Institutionen

Der ethnische Konflikt im Nordosten und der Aufstand im Süden boten einen willkommenen Anlaß für die Regierung, unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit eine Reihe von Notstandsgesetzen auszurufen. Dies führte zu anhaltenden Menschenrechtsverletzungen aus den Reihen der Sicherheitskräfte, deren Kompetenzen erheblich ausgeweitet worden waren. Unter die Notstandsverordnungen fällt auch das 'Gesetz zur Vorbeugung gegen den Terrorismus (PTA)', das ursprünglich als zeitlich befristete Maßnahme geschaffen wurde, mittlerweile aber zu einem dauerhaften Bestandteil der Gesetzgebung geworden ist. An die Stelle der regulären Wahlen trat 1982 ein Referendum, mit dem die Regierungszeit des



Sri Lanka - Überwachungsstaat (Foto: Walter Keller)

Parlamentes auf weitere sechs Jahre ausgedehnt wurde. Zum Zeitpunkt der Provinzratswahlen wie auch der Präsidenten- und Parlamentswahlen 1988/89, sämtlich begleitet von Boykottkampagnen, herrschten Notstandsgesetze im Lande. Die Wahlbeteiligung lag weit unter dem Durchschnitt. Dies nährt Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Besetzung höchster demokratischer Instanzen auf nationaler und regionaler Ebene.

Die Schaffung der Allparteien-Konferenz (APC) und ihre schnelle Annahme seitens der nicht im Parlament vertretenen Parteien dient dem Aufbau eines landesweit bedeutsamen Forums außerhalb des Parlamentes unter der Kontrolle des Präsidenten. So werden beispielsweise die Anregungen der Kommission zur Untersuchung der Jugendrevolte allein auf Grundlage der Beratung in der APC in die Tat umgesetzt, ohne vorher das Parlament durchlaufen zu haben.

Von einigen sehr kurzen Zeitabschnitten abgesehen befanden sich die gesetzlichen Strukturen Sri Lankas während der letzten acht Jahre im Schwebezustand.

Willkürliche Verhaftungen, zeitlich unbefristetes Festhalten von Personen an unbekanntem Orten und Übergriffe bis hin zur Folter auf der Grundlage der Notstandsverordnungen gehörten zur gängigen Praxis der Sicherheitskräfte. Eine reguläre Arbeit der Gerichte war vielerorts unmöglich geworden. Über 10.000 Fälle außergerichtlicher Hinrichtungen sind bekannt, begangen vermutlich von Angehörigen der Sicherheitskräfte und der Todesschwadronen.

Noch einmal so viele Opfer gehen auf das Konto militanter Gruppierungen. All das hat eine Situation heraufbeschworen, in der die fundamentalen Menschenrechte der Bürger auf das Schwerste verletzt wurden. Das Klima fortwährender Unterdrückung hält auch nach der Rücknahme einiger Notstandsverordnungen unvermindert an. So gibt es bis heute kein Ende willkürlicher Verhaftungen und außergerichtlicher Hinrichtungen, nach wie vor verschwinden Leichen ohne vorangegangene Autopsie. Mit dem neugewonnenen Selbstbewusstsein des Staates angesichts erfolgreicher Aufstandsbekämpfung im Süden (gegen die JVP) und der Verständigung mit der

LTTE (die Anfang Juni jedoch zu ihrem abrupten Ende kam, d.Red.) geht eine steigende Intoleranz gegenüber Andersdenkenden einher. Nach erfolgreicher Abwehr der militärischen Bedrohung ist der Staat nicht gewillt, neue Bedrohungen von anderer Seite zu erfahren. So hat er Möglichkeiten der Arbeit von Gewerkschaften am jeweiligen Arbeitsplatz, von Studenten- und Schülervertretungen stark eingeschränkt. Wiederbelebung demokratischer Institutionen bedeutet deshalb:

- Die ordentliche Gesetzgebung muß wieder an die Stelle der Notstandsverordnungen treten,
- Rückgabe sämtlicher "law and order"-Funktionen in die Kompetenz von Polizei und Zivilverwaltung,
- Legitimierung der Provinzräte, des Parlaments und des Präsidenten durch freie und gerechte Wahlen zu einem angemessenen Zeitpunkt,
- Schaffung von Freiräumen zur ungehinderten Arbeit von politischen Parteien, Gewerkschaften, Studentenvertretungen und allen anderen Organisationsformen der Gesellschaft.
- Wichtig ist auch die Umstrukturierung der Massenmedien. Derzeit dienen die Aktivitäten der nahezu vollständig in staatlicher Hand liegenden großen Zeitungsverlage sowie der Radio- und Fernsehsender vorrangig den Interessen der Regierung und der sie tragenden Partei. Es gilt, die gesamte Medienlandschaft aus der Umklammerung des Staates zu lösen und so die Massenmedien zum Spiegelbild unserer Gesellschaft und zum Ausdruck ihres breiten Meinungsspektrums zu machen.

Orientierung an demokratischen Werten

Die ethnischen und ideologischen Auseinandersetzungen

und ihre Auswirkungen auf den gesamten politischen Bereich sind eng verknüpft mit einer steigenden wirtschaftlichen Unzufriedenheit. Seit der Unabhängigkeit haben alle Regierungen Sri Lankas versucht, ihre Wirtschaftspolitik am sozialen Wohlergehen der Bevölkerung und an einem Ausgleich der Unterschiede in der Einkommensverteilung auszurichten. Allzu dürftig waren, vor allem im Bereich der Plantagenwirtschaft, die Versuche, das koloniale Erbe des wirtschaftlichen Systems zu verändern, wenngleich zumindest einige Industriezweige gefördert wurden, die bisherige Importgüter herstellten. Aufkommende Arbeitslosigkeit ging einher mit stockenden Wachstumsraten. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung ließ sich nur durch Subventionierung von Konsumgütern, staatlicher Kostenübernahme im Bildungs- und Gesundheitswesen, landwirtschaftliche Besiedlungsprogramme für Landlose, Importbeschränkungen zugunsten kleiner ländlicher Produzenten und protektionistische Maßnahmen gegen die lokale Oberschicht unter Kontrolle halten. Landwirtschaftliche Krise und Unterentwicklung mündeten 1971 in einer Jugendaufstandsbewegung, ein deutliches Zeichen dafür, daß diese Strategie den wachsenden Ansprüchen der Gesellschaft nicht gerecht werden konnte. Nach erfolgreicher Unterdrückung des Aufstandes versuchte man, der Landbevölkerung in ihren grundlegenden Sorgen mit Hilfe einer Landreform entgegenzukommen.

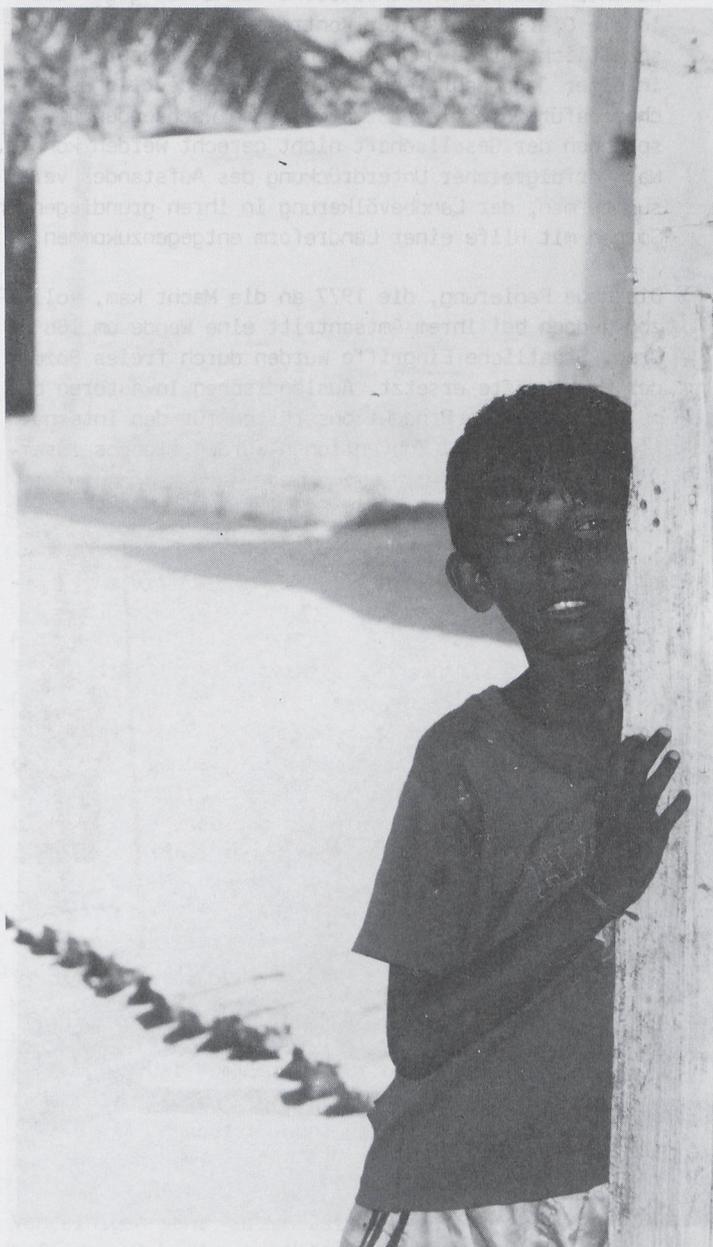
Die neue Regierung, die 1977 an die Macht kam, vollzog jedoch bei ihrem Amtsantritt eine Wende um 180 Grad. Staatliche Eingriffe wurden durch freies Spiel der Marktkräfte ersetzt. Ausländischen Investoren bot man in Sri Lanka Produktionsstätten für den internationalen Markt an. Subventionen wurden rigoros zusam-



Die wirtschaftliche Lage hat sich während der letzten Jahre dramatisch verschlechtert. Viele leben auf der Straße (Foto: Walter Keller)

mengestrichen und die Strukturen des freien Bildungs- und Gesundheitswesens, obwohl äußerlich unangetastet, privaten Anbietern zugänglich gemacht. Was unter dem Strich herauskam, war ein gewisser Anstieg des Brutto-sozialprodukts, hauptsächlich zurückzuführen auf den Dienstleistungsbereich, gepaart mit einem weiteren Auseinanderklaffen der Einkommensschere. Die Auslandsverschuldung erreichte schwindelerregende Höhen, dies bei einer Inflationsrate von derzeit 30 Prozent.

Die politischen Auswirkungen ließen nicht lange auf sich warten. Mit dem Verlangen der ausländischen Investoren nach Stabilität vor allem auf dem industriellen Sektor im Nacken schränkte die Regierung die Gewerkschaftsarbeit, unter anderem sogar innerhalb der Freihandelszone, drastisch ein. Auch diese Maßnahme konnte jedoch dem (nach einer Hochphase von 1977 bis 1983) einsetzenden Wachstumsverfall, verbunden mit



Welche Zukunft hat die Jugend? (Foto: Walter Keller)

steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Realeinkommen, nicht Einhalt gebieten. Am härtesten betroffen ist hiervon der ländliche Bereich. Hier führte der Wegfall der Subventionen zu steigenden Produktionskosten bei stagnierenden Preisen. Die daraufhin von der Regierung in Gang gesetzte Programme zur Armutsbekämpfung ('Janasaviya'; darüber wird in der kommenden Ausgabe von 'Südasiens' berichtet) und Landverteilung sind in Reichweite und Umfang beschränkt und somit nicht dazu angetan, in der gegenwärtigen Situation Abhilfe zu schaffen. Hierzu bedarf es vielmehr umfassender Strukturveränderungen und sozialer Umschichtungen. Das Vertrauen auf Marktmechanismen brachte ein überhastetes Anwachsen des Dienstleistungsgewerbes und öffnete Tür und Tor für Korruption im großen Stil. Das Ziel wirklicher Demokratie ist ohne kurz- und langfristige Veränderungen der wirtschaftlichen Vorgehensweise nicht erreichbar. Im Hinblick auf die Probleme des Wachstums sind noch viele Fragen zu lösen, ebenso im Bereich gesellschaftlicher Verbesserungen.

Die Jugend

Die wiederholten Aufstandsbewegungen der Jugend des Landes - 1971 im Süden, ab 1976 im Norden und Osten und in den vergangenen zwei Jahren in sämtlichen Regionen des Südens - sind als Teil der aktuellen Krise in Sri Lanka zu verstehen. Jede dieser Bewegungen sah sich harter staatlicher Repression ausgesetzt und war verbunden mit einer großen Zahl an Todesopfern und beträchtlichem Sachschaden. Die Sprache der Gewalt - hier der bewaffnete Widerstand, dort die Gewaltanwendung der Regierung - hat zu einer zunehmenden Militarisierung unseres Staates geführt. Angst und Unsicherheit angesichts allumfassender Brutalität bestimmen das Leben der Bevölkerung. Infolge der seit 1977 betriebenen Wirtschaftspolitik haben sich die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten dramatisch verschärft.

All dies trifft die ländliche Jugend besonders hart. Den bestehenden Institutionen trauen die Jugendlichen die Realisierung ihrer aufrichtigen Wünsche und Sehnsüchte nicht mehr zu. Dies gilt in gleichem Maße auch für die politische Prominenz, die sich wenig um ihre Wahlversprechungen schert, wie auch für die verschiedenen Religionsgemeinschaften, die sich in den Augen der Jugend fortwährender Verstöße gegen die eigenen Prinzipien schuldig machen. Ebenso wenig halten die hehren Ideale und Verkündigungen menschlicher Werte von seiten der intellektuellen und sozialen Elite der kritischen Betrachtung vieler junger Menschen stand. Hinzu kommt, daß auch die fortschrittlichen Organisationen Sri Lankas in diesem Zusammenhang längst nicht über alle Zweifel erhaben sind. Ein radikaler Wandel in der Rolle der religiösen und politischen Ideologien muß daher am Anfang stehen, wenn diese Ideologien einen konstruktiven Beitrag leisten wollen zur Schaffung einer breiten Volksbewegung für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in Sri Lanka.

(Übersetzung: Christoph Thees)